

Den Bevölkerungswandel gestalten, Familienfreundlichkeit ausbauen

Kommunale Familienpolitik der CDU Neustadt an der Weinstraße

Deutschland steht vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die seit Jahren geringe Geburtenrate führt nicht nur dazu, dass der Anteil junger Menschen in unserer Gesellschaft zusehends abnimmt. Die Gesellschaft selbst schrumpft gleichzeitig. Und zudem werden die Menschen, was grundsätzlich erfreulich ist, bei guter Gesundheit immer älter.

Mit rückläufigen Bevölkerungszahlen ist nach Ansicht von Experten durchgängig überall zurechnen, auch wenn bisher prognostizierte Zahlen kritisch hinterfragt werden können und müssen. Für Neustadt der Weinstraße sagt das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems bis zum Jahr 2050 im ungünstigsten Falle ein Bevölkerungsrückgang von etwa 17.000 Personen voraus. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung lassen sich heute wohl nur unvollständig beschreiben. Jedoch: Ein wachsender Anstieg der Zahl von leerstehenden Wohnungen und Häusern birgt nicht nur die Gefahr wirtschaftlicher Verwerfungen und ansteigender Kriminalität, auch mit stark ansteigenden Infrastrukturkosten muss beispielsweise gerechnet werden.

Ziel: Schneller und konsequenter handeln

Die Frage, wie kommunale Politik in Neustadt an der Weinstraße sich der bevölkerungspolitischen Herausforderungen der Zukunft stellt und aktiv gegengesteuert, wird die Überlebensfähigkeit der Stadt in den kommenden Jahrzehnten bestimmen. Dabei muss man sich bewusst sein, dass alle Gebietskörperschaften in Deutschland vor gleichgelagerten Aufgabenstellungen, bei zum Teil jedoch stark differierenden Rahmenbedingungen, stehen. Da das denkbare Maßnahmenbündel recht eng umgrenzt ist, werden nur solche Kommunen aus dem Wettbewerb ihren Vorteil haben, die schneller und konsequenter konkrete Aufgaben erkennen und lösen.

Der Wettbewerb um Einwohner und den Zuzug von Menschen, insbesondere mit Blick auf Jüngere und Familien, wird in seiner Bedeutung den Wettlauf um Gewerbeansiedlungen aus der Vergangenheit übertreffen.

Die CDU in Neustadt an der Weinstraße sieht in einer familienorientierten Stadtpolitik den wichtigsten Bausteinen für eine existenzsichernde Entwicklung von Neustadt an der Weinstraße. Von der Ausgangslage her betrachtet sind wir, nicht zuletzt dank einer starken Lagegunst, heute (noch) gut positioniert - genannt seien beispielsweise Klima, Umgebung und Verkehrsanbindung als mitbestimmende Faktoren. Unsere Stadt bleibt aber nur dann einer der attraktivsten, wenn nicht sogar der attraktivste Wohnstandort in der Metropolregion Rhein-Neckar, wenn Jung und Alt qualitativ gute und bedarfsgerechte Lebensbedingungen vorfinden. Auch wenn dies zum Teil unterschiedliche Handlungsfelder je nach Altersgruppe begründet: Mit der Errichtung eines Hauses der Generationen, heute Mehrgenerationenhaus (MGH), auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktionen wurde, noch bevor entsprechende Bundes- und Landesinitiativen gestartet waren, ein klares Signal für ein Miteinander der unterschiedlichen Altersgruppen und Kulturen gesetzt.

Ziel: Familienfreundliches Wohnen

Junge Familien brauchen Raum, bei vielen besteht der Wunsch nach eigenen vier Wänden. In der Vergangenheit gab es Abwanderungen ins Umland, weil dort mehr Baulandflächen zu einem günstigeren Preis verfügbar waren. Dieser Entwicklung muss die Stadt gegensteuern. Mit der Ausweisung von Bauland in Diedesfeld, das die Stadt an Familien veräußert, wird ein richtiger Schritt getan. Weitere Projekte in dieser Richtung gilt es zu erschließen, beispielsweise im Rahmen des Konversionsprojektes im Ortsteil Lachen-Speyerdorf. Der Zuzug junger Familien ist deshalb durch konkrete Maßnahmen aktiv zu fördern.

Ziel: Betreuung von Anfang an

Der Wunsch vieler Familien nach einer Berufstätigkeit beider Elternteile ist gesellschaftlich ebenso zu akzeptieren wie das Bestreben zahlreicher Alleinerziehender, sich beruflich zu betätigen und weiter zu entwickeln und somit ohne staatlichen Transfer ihr Leben zu gestalten. Neustadt an der Weinstraße geht daher die neuen Aufgaben, die ihr Bund und Land beim weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere im Alter unter drei Jahren, übertragen haben, offensiv an.

Ziel ist es, zügig einen bedarfsgerechten Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder im Alter bis zu sechs Jahren zu realisieren. Dies umfasst den weiteren Ausbau der Tagespflege, gerade mit Blick auf die jüngsten Kinder, ebenso wie die Schaffung neuer Krippenangebote und die Verstärkung der Zahl der Ganztagsplätze. Sobald die notwendigen Ausführungsvorschriften der

übergeordneten Ebenen vorliegen, wird mit dem Kapazitätsausbau begonnen. Ziel ist es, für jedes Kind innerhalb von sechs Monaten nach entsprechender Anmeldung ein bedarfsgerechtes Angebot zumachen.

Ziel: Spracherziehung, denn Sprache schafft Zukunft

Neustadt an der Weinstraße war deutschlandweit führend, als es um die Einführung von Spracherziehung in Kindergärten ging. Sprache ist nach Überzeugung der Neustadter CDU der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft.

Mit der Hausaufgaben-Betreuung und dem Deutschunterricht insbesondere für Migranten-Kinder, von der Ausländerbeauftragten der Stadt auf ehrenamtlicher Basis ins Leben gerufen, gibt es einen weiteren Baustein für eine umfassende Spracherziehung. Die Bemühungen, durch Bildung eines Fördervereins eine stabile Struktur für das Angebot zu schaffen, das zwischenzeitlich im CVJM-Haus in der Fröbelstraße lokalisiert wurde, sind gestartet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt dieses Projekt durch Übernahme der Mietkosten dauerhaft unterstützt. Weiterhin sollen Wege gesucht werden, hier auch ein Angebot für ältere Migranten, insbesondere für Frauen, aufzubauen.

Ziel: Gute Betreuung nach der Schule

Für viele Familien stellt sich mit dem Übergang ihres Kindes in die Grundschule ein gravierendes Betreuungsproblem an den Nachmittagen. Das Hortangebot und die SchuldKinderbetreuung in den Kindertagesstätten decken nur begrenzt den tatsächlichen Bedarf ab. Ergänzend sind hier über die Jahre hinweg in Form der Betreuenden Grundschule flexible und qualitativ gute Ergänzungsangebote geschaffen. Zwischenzeitlich wurden diese an verschiedenen Standorten immer mehr in den Nachmittag hinein ausgedehnt, sodass der Betreuungsumfang Hortdimensionen erreicht. Die Stadt unterstützt diese ehrenamtliche Initiative von Eltern durch die Erhöhung ihres Zuschusses für solche Gruppen, in denen Kinder länger als drei Stunden täglich betreut werden - dies soll insbesondere auch ein Ausgleich für den erheblichen Verwaltungsmehraufwand, den eine Ausdehnung auslöst, darstellen.

In Absprache mit dem Jugendamt der Stadt soll den Trägerstrukturen der Betreuenden Grundschule eine Möglichkeiten geboten werden, ihr finanzielles Risiko zu minimieren, sofern sie ihre Betreuungsentgelte am Hortpreis in der Stadt orientieren und damit nicht kostendeckend kalkulieren können.

Ziel: Schulabbrüche reduzieren, Übergänge positive gestalten

Mit einer Schulabbrecherquote von etwa zehn Prozent im Jahr, insbesondere aus dem Hauptschul-Bereich, kann sich eine Gesellschaft, kann sich eine Stadt nicht zufrieden geben. Wir begrüßen deshalb die Initiativen unserer Hauptschulen und der Regional Schule, durch eine individuelle Förderung den Schülerinnen und Schülern mehr und bessere Zukunftschancen zu eröffnen. Unabhängig von der nunmehr angekündigten Schulstruktur-Reform in Rheinland-Pfalz gilt es die eingeleiteten Maßnahmen fortzusetzen und weiter zu entwickeln.

Bisherige Erfahrungen bestätigten jedoch, dass das hohe Engagement vieler Lehrkräfte nicht ausreicht, um das notwendige Betreuungspotenziale beständig, beginnen ab Klasse 7, zu gewährleisten. Die Stadt muss daher Projektfördermittel zur Verfügung stellen, um Aktivitäten in den Schulen (Erhöhung der Motivation für Eltern, Lehrer und Schüler) und Angebote für die Schulen, beispielsweise von der Metropolregion Rhein-Neckar oder der Bundesagentur für Arbeit kommend, komplementär finanzieren zu können.

Wir packen es an – schnell und konsequent

Die CDU-Stadtratsfraktion wird gebeten, in Abstimmung mit dem Koalitionspartner FWG an die Verwirklichung der vorstehenden Handlungsfelder zu gehen und die notwendigen Weichenstellungen, auch in finanzieller Hinsicht, im Rahmen des Haushaltsplanes 2009 zur tätigen.